

sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXVII/38

24. Februar 1972

Die Schwere der Verantwortung

Zur Ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze
im Bundestag

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Der Kampf geht weiter

Zur Rundfunkgesetzgebung in Bayern

Von Dr. Peter Glotz MdB

Vorsitzender des Rundfunkpolitischen Ausschusses
der SPD Bayern

Seite 3 / 46 Zeilen

Die Olympiade beginnt in der Schulturnhalle

Über 700 in Hessen bereits gebaut - Hundert
kommen bis 1974 hinzu

Seite 4 / 48 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Die Schwere der Verantwortung

Zur Ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze im Bundestag

Rundfunk und Fernsehen haben gut daran getan, die dreitägige Bundestagsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation und über die Ostverträge ganz zu übertragen. So haben Millionen Bundesbürger Gelegenheit unmittelbar einen erregenden Vorgang von weittragender geschichtlicher Bedeutung zu verfolgen. Niemand kann danach sagen, er wisse nicht Bescheid, und wisse nicht, worum es ging und geht. Es geht darum, die Konsequenzen aus den Folgen des vom Nationalsozialismus frevelhaft entfesselten Zweiten Weltkrieges zu ziehen und einen Anfang zu machen, der zu lichterem Horizonten in Europa führt. Mehr als die Hälfte unseres Volkes befindet sich in einem Alter, in dem sie den Zweiten Weltkrieg noch nicht oder nur als Kind erlebten. Sie kennt die deutsche Einheit nur aus den Geschichtsbüchern. Sie lesen daraus, wer offenen Sinnes ist, daß die Nachfahren des Reichsgründers Bismarck die Reichseinheit schon im Ersten Weltkrieg aufs Spiel setzten und im Zweiten Weltkrieg dann ganz verloren. Zweimal in einer Generation hat der Ehrgeiz deutscher Politik in dem Bestreben den Niederschlag gefunden, sich die ganze Welt zum Feind zu machen. Das hatte schreckliche Folgen. Niemand, weder die ältere noch die jüngere Generation kann sich davor drücken, so schwer dies auch fallen mag. Denn niemand kann aus der Geschichte des eigenen Volkes fliehen.

Heute existieren auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten, die einander entgegengesetzten Militärblöcken angehören und voneinander unterschiedliche Gesellschaftssysteme entwickelt haben. Kein Militärblock und kein Gesellschaftssystem kann im atomaren Zeitalter bei Strafe des eigenen Untergangs dem anderen Militärblock und dem anderen System seinen Willen aufzwingen. Die Versuche, es denn doch zu tun in den langen Jahren des Kalten Krieges brachten niemandem Nutzen. Sie brachten Europa und die Welt an den Rand des nuklearen Krieges.

Die Erkenntnisse aus dieser Lage bilden den Kern der von

Brandt und Scheel zu verantwortenden Außenpolitik der sozial-liberalen Koalition. Adenauer war es gelungen und das ist sein unbestreitbares historisches Verdienst, nach zwei Weltkriegen den Weg der Versöhnung mit den ehemaligen westlichen Kriegsgegnern zu finden. Heute gehören Kriege zwischen Deutschen, Franzosen und Engländern zu dem nicht mehr Denkbaren. Doch die für uns lebenswichtige Zusammenarbeit mit dem Westen bedarf des Brückenschlages mit unseren östlichen Nachbarn, um unserem Volk und den Völkern Europas in einer von vielen Gefahren bedrohten Welt die Furcht zu nehmen.

Manche unterschwelligen Töne klangen bisher in dieser dreitägigen Bundestagsdebatte auf. Sie beschwören die Erinnerung an die Weimarer Republik herauf. Damals stemmten sich die Deutschnationalen und ihre radikalen Rechtsanleger dagegen, die Konsequenzen des verlorenen Ersten Weltkrieges zur Kenntnis zu nehmen. Männer wie Fritz Ebert wurden zu Tode gehetzt und andere, wie Erzberger und Rathenau fielen Mörderkugeln zum Opfer. Verblendete sahen in diesen Männern, die ein schweres Erbe angetreten hatten, Verräter und Verzichtspolitiker. Nähert sich nicht ein Vorwurf der Unionsparteien, die deutschen Interessen wären von dieser Bundesregierung nicht kraftvoll genug ja sogar schlapp vertreten worden, nicht an die Denkkategorien der Deutschnationalen unseligen Angedenkens? Putscht der Bayern-Kurier, das Sprachrohr des Herrn Franz Josef Strauß nicht Emotionen auf?

Die Unionsparteien bleiben bei ihrem Nein zu den Ostverträgen, sie bleiben bei einer Haltung, die im Widerspruch steht zu den Verlangen, Hoffnungen und Erwartungen eines Europas, das zu sich selbst finden muß, um als kraftvoller Faktor in der Weltpolitik wirken zu können. Sie haben sich in eine Position verrammt, die sie in die internationale Isolierung führt. In einer Zeit, in der der Präsident der Vereinigten Staaten Richard M. Nixon versucht, einen konstruktiven Dialog mit dem mächtigen kommunistischen China zu führen, versperren sich die Unionsparteien dem Gebot der politischen Vernunft und nehmen dabei das Risiko in Kauf, von aller Welt allein gelassen zu werden.

Die sozialliberale Koalition trägt 27 Jahre nach Kriegsende den geschichtlichen Notwendigkeiten Rechnung, die verlangen daß wir dazu beitragen, Europa von Unsicherheit und Ängsten über den Weg unseres Volkes frei zu machen. Die Unionsparteien haben die Rolle eines Nachzüglers übernommen. Aber auch damit tun sie sich schwer.

(ae/ex/24.2.1972/ks)

Der Kampf geht weiter

Zur Rundfunkgesetzgebung in Bayern

Von Dr. Peter Glotz Mdl

Vorsitzender des Rundfunkpolitischen Ausschusses der SPD Bayern

Die CSU hat in Bayern in einem in diesem Land parlamentarisch einmaligen Blitzverfahren eine Novelle zum Rundfunkgesetz durchgedrückt, die den einzigen Zweck hat, eine direkte, parteipolitische Einflußnahme auf den Bayerischen Rundfunk zu ermöglichen. Das "Paket" der CSU bringt für den Bayerischen Rundfunk statt neun Vertretern des Landtags 21, davon 13 von der CSU; Berufung der Hauptabteilungsleiter durch den (neu besetzten) Rundfunkrat; auf fünf Jahre befristete Verträge für diese Hauptabteilungsleiter.

Die Motive sind eindeutig. In der CSU rumort es seit langer Zeit; Politiker wie Parteivolk ist es ein Dorn im Auge, daß der Bayerische Rundfunk - dem der eigene Programmdirektor einen "leichten Spitzenhang nach rechts" attestierte - normalerweise loyal in der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten mitarbeitet und zuweilen - wenn auch keineswegs Übertrieben häufig - auch liberalen oder gar linksliberalen Kommentatoren das Wort gibt. Diesem "Druck von unten" in Partei und Fraktion war der Fraktionsvorsitzende und neue bayerische Finanzminister, Ludwig Huber, offensichtlich nicht mehr gewachsen.

Man ließ den Matadoren von der dritten und vierten Bank freien Lauf: Das Ergebnis ist ein plumper Eingriff in die Rundfunkfreiheit, der in der ganzen Bundesrepublik auf empörte Ablehnung gestoßen ist. Die Aufsichtsgremien wurden durch eine Parteipolitisierung umfunktioniert, das Prinzip der Verantwortlichkeit des Intendanten durchlöchert und die leitenden Mitarbeiter unter politischen Druck gesetzt. Der alternde Franz Josef Strauß trifft, von Torschlußpanik befallen, die Vorbereitungen für seinen letzten Kampf um die Macht im Wahljahr 1973.

Die politischen Mittel sind nach der Dritten Lesung nahezu ausgeschöpft. Die Sozialdemokraten werden deshalb genau prüfen, welche rechtlichen Schritte möglich sind. Nach dem CSU-Gesetz würden dem 59köpfigen Rundfunkrat 30 Parlamentarier aus Landtag und Senat angehören. Es wird zu untersuchen sein, ob dieser Anteil von mehr als 50 vH. verfassungskonform ist; etwa 42 vH. der Mitglieder sind sogar unmittelbar Vertreter von staatlicher Legislative und Exekutive. Im übrigen ist es fraglich, ob durch die landesgesetzliche Festlegung von Fünfjahres-Verträgen für Rundfunkmitarbeiter nicht in die Tarifautonomie eingegriffen wird und ob nicht der Tatbestand rechtswidriger "Kettenverträge" gegeben ist.

Der Kampf gegen die Bedrohung der Rundfunkfreiheit in Bayern geht jedenfalls weiter. Doch zunächst hat am Dienstag kommender Woche, am letzten Tag der auslaufenden Periode des Rundfunkrates, noch der bayerische Senat das Wort. (-/ex/24.2.1972/bgy)

Die Olympiade beginnt in der Schulturnhalle

Über 700 in Hessen bereits gebaut - Hundert kommen bis 1974 hinzu

In Sapporo wetteiferten die Wintersportler um olympische Ehren. Im kommenden Sommer wird das olympische Feuer zum zweiten Mal in der Geschichte der Olympiade auf deutschem Boden brennen. Kein Wunder, wenn in einem olympischen Jahr eine breite Öffentlichkeit besonders reges Interesse sportlichen Fragen und Leistungen entgegenbringt. Und doch darf bei allen Spitzenleistungen und Rekorden nicht übersehen werden, daß am Anfang jeder olympischen Hoffnung die erste sportliche Betätigung im Kindesalter in der Schulturnhalle steht.

Die hessische Landesregierung, die sport- und kulturpolitischen Fragen schon immer sehr positiv gegenübersteht, hat es im Rahmen ihrer fortschrittlichen Bildungspolitik verstanden, den Sport nicht nur durch ihr vorbildliches Sportförderungsprogramm, das schon vor Jahren die Erwartungen der Deutschen Olympischen Gesellschaft weit übertroffen hat, zu fördern, sondern sie hat auch dem Schulsport durch den Bau neuer Schulturnhallen wertvolle Impulse gegeben.

In den ersten fünfundzwanzig Jahren nach Kriegsende wurden nach einer vom hessischen Kultusminister Professor Dr. Ludwig von Friedeburg vorgelegten Bilanz in Hessen 716 Turnhallen erstellt. So eindrucksvoll diese durch erhebliche finanzielle Zuschüsse des Landes Hessen ermöglichte Aufbauleistung auch ist, sie wird auch in den kommenden Jahren zielstrebig fortgeführt.

Wie Hessens Ministerpräsident Albert Osswald bei der Vorlage des ersten Durchführungsabschnitts des Landesentwicklungsplans ausführte, werden bis 1974 im Rahmen des verstärkten Ausbaues der Bildungseinrichtungen neben rund 9.500 neuen Unterrichtsräumen auch hundert neue Turnhallen für Hessens Schulen gebaut. Hundert neue Turnhallen in vier Jahren! Das bedeutet, daß gewissermaßen alle vierzehn Tage in Hessen eine neue Turnhalle entsteht.

Nun kommt es beim Sport gewiß nicht nur auf olympiareife Höchstleistungen an. Auch nicht im Schulsport. Und doch kann im olympischen Jahr getrost offen ausgesprochen werden, daß die Olympiade bereits in der Schulturnhalle beginnt. Nur die Übung macht den Meister - so besagt es ein Sprichwort, und ein anderes ergänzt: Früh übt sich, wer ein Meister werden will. Aber im Sport ist trotz allem nicht die Meisterschaft das wichtigste Ziel. Seine zweifellos erzieherische Funktion ist ebenso wichtig wie seine gesundheitsförderliche Auswirkung, ganz abgesehen von seinem vielfältigen Spielangebot für eine sinnvolle Freizeitbetätigung.

An der Notwendigkeit sportlicher Betätigung besteht längst kein Zweifel mehr. Ärzte und Pädagogen sind gleichermaßen eifrige Befürworter, denn nicht nur in jungen, sondern auch in reiferen Jahren sorgt der Sport für den notwendigen körperlichen Ausgleich. Die hessische Landesregierung achtet deshalb bei der Bewilligung von Zuschüssen für den Turnhallenbau darauf, daß ein größtmöglicher Nutzeffekt erzielt werden kann. Das heißt, die Schulturnhallen in Hessen stehen auch in weitgehendem Ausmaß den Erwachsenen und sporttreibenden Vereinen zur Verfügung. (HD/ex/24.2.1972/ks)